

Gentechniknewsletter II/2017 (April 2017)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser,

vielen Dank für Ihr Interesse am zweiten Gentechniknewsletter des Jahres 2017 des Aktionsbündnisses für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in Thüringen.

Ein Schwerpunkt der aktuellen Ausgabe ist der Streit im Vorfeld der Neuzulassung des Totalherbizids Glyphosat. Das, was wir zwar immer vermutet haben, erlangt nun durch immer neue Veröffentlichungen mehr und mehr Gewissheit: Den Herstellern des Umweltgiftes ist wirklich jedes Mittel recht, um ihr Produkt weiterhin verkaufen zu können. Dazu zählen auch die Manipulation von Untersuchungen sowie die Beeinflussung der Zulassungsbehörden. Gesundheitliche Bedenken oder die absehbaren verheerenden Auswirkungen auf das Ökosystem dieses Planeten spielen dabei keine Rolle. Entscheidend ist nur der Profit. Offensichtlich geht der Kapitalismus ab einer bestimmten Marge über Leichen. Unser sogenanntes demokratisches System mit seinen Institutionen ist dabei nur Mittel zum Zweck.

Dabei geht es eigentlich gar nicht nur um den Wirkstoff Glyphosat. Letztlich gehören alle Ackergifte schonungslos auf den Prüfstand. Auch wenn uns diese als Lösung für die unterschiedlichsten Probleme präsentiert werden, so sind sie doch eher das Problem als die angepriesene Lösung. Das hat nicht nur die UNO in einer Untersuchung festgestellt. Der Planet spricht da eine sehr deutliche Sprache, wenn man beispielsweise auf die immer weniger werdenden Bienen hört, oder das leiser werdende Gezwitscher vieler Singvögel vernimmt. Und die vielen im Zusammenhang mit der Verwendung der Chemikalien auftretenden gesundheitlichen Beschwerden sind ebenfalls nicht mehr zu übersehen.

Die Industrie kümmert das nicht und rechnet stattdessen mit gigantischen Gewinnen in den nächsten Jahren durch immer neue „Innovationen“. Die Konzentrationen in diesen Sektoren bezeugen dies: BASF übernimmt Monsanto, Chemchina kauft Syngenta und Dupont fusioniert mit Dow Chemical. Da rollt der Rubel und die Aktionäre können sich freuen.

Dumm nur, dass Aktionäre auch irgendwie Menschen sind und auf diesem Planeten leben. So gesehen, sägen sie an dem Ast, auf dem wir alle sitzen und ebenfalls ein wenig mitsägen. Jeder mit seiner ganz privaten kleinen oder größeren Säge. Wenn sich die Menschheit dieser Tatsache nicht bewusst wird, sind ihre Jahre auf diesem Himmelskörper gezählt.

Daher ist jeder Mensch aufgerufen, sich selbst um Lösungen in seinem Umfeld zu kümmern. Eine Vielfalt an guten Beispielen von Vordenkern und Pionieren ist vorhanden.

Eine aufschlussreiche Lektüre des aktuellen Newsletters wünschen

Frank Hofmann und Frank Augsten



Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Regionales	2
2. Deutsche und Europäische Gentechnikpolitik	2
3. Gentechnikpolitik Global	3
4. Wissenschaft und Forschung	3
5. Landwirtschaft	4
6. Konsum und Verbraucherschutz	5
7. Zulassung/Sicherheitsforschung/Haftung/Patente	5
8. Koexistenz/Gentechnikfreiheit	6
9. Aktionen/Termine	7
10. Materialien	7

1. Regionales

Milchproduzent wird gentechnikfrei

Sie ist seit 1. März diesen Jahres zertifiziert gentechnikfrei – die Agrargenossenschaft Gerstenberg eG im Altenburger Land. Außerdem gehört die Genossenschaft mit ihren 300 Milchkühen mit zu den 15 besten Milchproduzenten in Thüringen. Das ist dem Landwirtschaftsunternehmen nun zum zweiten Mal offiziell bescheinigt worden.

Quelle: www.otz.de

2. Deutsche und Europäische Gentechnikpolitik

Europäische Chemikalien-Agentur: Glyphosat nicht krebserregend

Untersuchungen zur Gesundheitsgefährdung von Glyphosat gab es schon einige – siehe den Hinweis in der Rubrik „Wissenschaft und Forschung“. Nach Ansicht des Ausschusses für Risikobeurteilung (RAC) der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) reichen die vorliegenden wissenschaftlichen Belege jedoch nicht aus, um den Pestizidwirkstoff Glyphosat als krebserregend, mutagen oder schädlich für die Fortpflanzung zu klassifizieren. Allerdings machte der Ausschuss auch deutlich, dass sie nicht das Gesundheitsrisiko für Menschen untersucht hätten, die Glyphosat anwenden oder aufnehmen. Das sei die Aufgabe der zuständigen Gremien, wenn sie die Zulassung von Glyphosat erneuern wollen. Vor dem Hintergrund des nachfolgenden Artikels („Monsanto und Glyphosat: Zulassungsbehörden auf den Prüfstand“) und der Tatsache, dass die Behörde ihren Bericht vorab von einem Lobbyverband der Glyphosathersteller kommentieren ließ, überrascht diese Entscheidung der ECHA nicht.

Die Stellungnahme des RAC geht nun an die Europäische Kommission. Diese wird gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten im Lauf des Jahres entscheiden, ob Glyphosat weiter zugelassen wird.

Quellen: www.bund.net, www.keine-gentechnik.de, echa.europa.eu

Monsanto und Glyphosat: Zulassungsbehörden auf den Prüfstand

Die mit der Zulassung von Pestiziden befassten europäischen Behörden, darunter die Europäische Lebensmittelbehörde (EFSA), die Chemikalienbehörde (ECHA) und das deutsche Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) haben ein Glaubwürdigkeitsproblem. Die Lebensmittelbehörde EFSA war bereits vor einiger Zeit wegen ihrer Überprüfung von Glyphosat in die Kritik geraten, weil sie Berichte und Studien vor der Öffentlichkeit, nicht aber vor den Pestizidherstellern selbst geheimgehalten hatte.

Quellen: www.lobbycontrol.de, www.sueddeutsche.de

CRISPR-Cas9: BASF erwirbt Lizenz

Für den Einsatz in der Nutzpflanzenforschung hat BASF die Lizenzrechte vom US-amerikanischen Broad Institute, einem Forschungszentrum für Biomedizin und Gentechnik des Massachusetts Institute of Technology (MIT) und der Harvard Universität in Boston erworben. Die Lizenzbedingungen erlauben dem Unternehmen die weltweite Verwendung für neue Produktentwicklungen von gentechnisch veränderten Organismen.

Quelle: biooekonomie.de

3. Gentechnikpolitik global

Glyphosat: Monsanto soll-Studien beeinflusst haben

Nach einem Bericht der New York Times soll Monsanto in der Vergangenheit hinter den Kulissen Einfluss auf einzelne Wissenschaftler und auf die amerikanische Behörde EPA genommen haben. Der Konzern soll im Verborgenen an Studien mitgearbeitet haben, die später als Arbeiten unabhängiger Wissenschaftler ausgegeben worden seien. Außerdem soll das Unternehmen gezielt darauf hingewirkt haben, eine eigenständige Untersuchung des Unkrautvernichters Glyphosat durch das US-Gesundheitsministerium zu verhindern.

Quellen: www.nytimes.com, www.sueddeutsche.de

China wird führender GVO-Produzent

Die Schweizer Agrochemiekonzerne Syngenta und Chemchina können ihre 43 Milliarden Dollar schwere Fusion zum Abschluss bringen. Kartellwächter in der EU und den USA stimmten dem Geschäft unter Auflagen zu. Die europäische Freigabe stehe unter dem Vorbehalt, dass der chinesische Staatskonzern wesentliche Teile seines europäischen Geschäfts mit Pflanzenschutzmitteln und Wachstumsreglern veräußert, teilte die EU-Kommission am Mittwoch mit. Mit dem Zusammenschluss entsteht der weltgrößte Hersteller von gentechnisch veränderten Organismen.

Quelle: www.rt.com, www.nzz.ch

USA: Verzicht auf GVO-Zuckerrüben

Immer mehr große Hersteller von Süßwaren in den USA wollen auf den Einsatz von Zucker aus gentechnisch veränderten Zuckerrüben verzichten. Dies ist eine logische Reaktion auf die steigende Nachfragen nach gentechnikfreien Produkten. Große Zuckerhersteller beklagen bereits Verluste von bis zu 15 %. Derzeit sind fast alle in den USA angebauten Zuckerrüben gentechnisch verändert.

Quelle: Unabhängige Bauernstimme 04-2017

4. Wissenschaft und Forschung

10 Studien, die Gesundheitsrisiken durch Glyphosat und GVO beweisen

Die IARC hatte Glyphosat im März 2015 als wahrscheinlichen Krebserreger eingestuft. Es gibt eine Vielzahl von glaubwürdigen wissenschaftlichen Studien, die eindeutig zeigen, warum GVO und mit Glyphosat behandelte Produkte nicht verzehrt werden sollten, und weitere kommen jedes Jahr hinzu. Im Artikel werden 10 Studien benannt, die genau beweisen, dass GVO und Glyphosat gesundheitsschädlich sind.

Quelle: netzfrauen.org

Argentinien: Zusammenhang zwischen Glyphosat und Krebserkrankungen

In Argentinien durchgeführte Studien weisen auf einen Zusammenhang zwischen dem Einsatz des Herbizids Glyphosat und der Entstehung von Krebserkrankungen hin. Eine in San Salvador, der Hauptstadt der nördlichsten Provinz Jujuy durchgeführte Studie indiziert einen signifikanten Zuwachs an Krebsneuerkrankungen seit 2010 – nicht ohne Grund wird die Stadt auch "ciudad del cáncer" genannt, die Stadt des Krebses. "Als wir mit der Forschung begonnen haben, sind wir Menschen begegnet, die unter diversen Krankheiten litten. Das einzige was sie gemeinsam haben ist der Kontakt mit Agrochemikalien", erklärt der Arzt Medardo Avila Vazquez.

Quelle: amerika21.de

Monsanto symbolisch verurteilt

Der US-Konzern Monsanto verletzt durch seine Aktivitäten die Rechte der Menschen auf Gesundheit, Nahrung und eine intakte Umwelt. Zu diesem Ergebnis kamen fünf internationale Juristen, die im Rahmen des Internationalen Monsanto-Tribunals die Rolle des Konzerns völker- und menschenrechtlich beurteilten. Das Monsanto-Tribunal ist eine symbolische Gerichtsverhandlung, organisiert von einer internationalen Gruppe von Umweltaktivisten. Sie konnten namhafte Juristen, wie die ehemalige Generalanwältin des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda, die Senegalesin Dior Fall Sow, als Richter gewinnen. Diese hörten Mitte Oktober 2016 insgesamt 30 Zeugen an. Darunter waren Bauern, Imker, Anwälte, Gesundheitsexperten und Wissenschaftler aus Nord- und Südamerika, Europa, Asien und Afrika. Monsanto war ebenfalls eingeladen, hatte eine Teilnahme aber abgelehnt.

Quellen: <http://de.monsantotribunal.org>, [Zusammenfassung des Rechtsgutachtens in Deutsch als PDF](#)

5. Landwirtschaft

UN-Bericht: Pestizide sind Problem statt Lösung

Die globale Chemieindustrie hegt den Mythos, Pestizide seien notwendig, um eine wachsende Weltbevölkerung zu ernähren. Das Gegenteil ist der Fall: wir müssen aufhören, die Äcker der Welt immer mehr zu vergiften und damit langfristig unsere Lebensgrundlagen zu zerstören. Pestizide sind Teil des Problems und nicht etwa der Lösung. Das bestätigt der neue UN-Bericht in aller Deutlichkeit.

Quellen: www.theguardian.com, www.gruene-bundestag.de, [Report in Englisch als PDF auf den Seiten der UNO](#)

Zukunftsstrategie: Ökolandbau bei 20 Prozent

"20 Prozent Ökolandbau" – das ist das mittelfristige Ziel der Bundesregierung entsprechend der Nachhaltigkeitsstrategie. Denn: Der ökologische Landbau ist eine besonders ressourcenschonende und umweltverträgliche Wirtschaftsform, die nachhaltig ist. Was von politischer Seite getan werden kann, um 20 Prozent ökologisch bewirtschaftete Fläche in Deutschland zu erreichen, war Thema eines 18-monatigen partizipativen Strategieprozesses, den Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt 2015 initiiert hatte. Rund 200 Vertreter der Öko-Branche, der Bundesländern und der Wissenschaft beteiligten sich. Das Ergebnis in Kurzform: 20 % Öko beim landwirtschaftlichen Anbau sind in den nächsten 10 bis 15 Jahren realistisch.

Quellen: www.bmel.de, www.rp-online.de

USA: Gentech-Mais verunreinigt Lebensmittel

Die GVO-Maissorte Enogen vom Hersteller Syngenta wurde eigentlich für die Ethanol-Produktion entwickelt. Nun wurde bekannt, dass sie im US-Bundesstaat Nebraska konventionellen Speisemais verunreinigt hat. Die betroffenen Farmer konnten den Speisemais nur noch als Futtermittel oder zur Ethanol-Produktion verkaufen.

Quelle: Unabhängige Bauernstimme 04-2017

Klimasmarte Landwirtschaft: Nicht mehr als Greenwashing

Vor dem 2. Forum der „Globalen Allianz für klimasmarte Landwirtschaft“ (GACSA), das am 14.-17.6. in Italien stattfindet, üben zahlreiche Verbände scharfe Kritik an der klimasmarten Landwirtschaft. Der Vorwurf: Sie ermöglicht die Grünwäsche des Agrobusiness und behindert ökologische Lösungen der Landwirtschaft gegen den Klimawandel.

Die Verbände monieren u.a., dass es nicht näher definiert sei, welche landwirtschaftlichen Praktiken sich als „klimasmart“ qualifizieren und welche nicht. Großflächige industrielle Monokulturen unter Einsatz von Gentechnik und Agrarchemie könnten genauso wie lokal angepasste agrarökologische Ansätze dieses Prädikat für sich reklamieren. Umwelt- und sozialschädliche Praktiken der industriellen Landwirtschaft könnten somit weiter vorangetrieben werden. Ein Rechenschaftslegungssystem oder konkrete Ziele, anhand derer die globale Allianz oder einzelne Mitglieder ihre Beiträge zur Anpassung an den Klimawandel und zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen belegen müssen, fehlten.

Quelle: www.euractiv.de

6. Konsum und Verbraucherschutz

„Ohne Gentechnik“ Das Märchen von gentechnikfreien Lebensmitteln

Die Produktauszeichnung „Ohne Gentechnik“ ist wenig sinnvoll. Aus Marketinggründen nimmt man es mit der Wahrheit nicht so genau. Korrekt müsste es statt „Ohne Gentechnik“ eher heißen: „Mit ein wenig Gentechnik“. Das deutsche „Ohne Gentechnik“-Label hat Verwirrung gestiftet. Laut einer Studie fühlen sich die Konsumenten getäuscht, wenn sie erfahren, dass entsprechend gekennzeichnete Produkte doch von Gentechnik betroffen sind. In Deutschland steckt laut einem Fachportal bei 60 bis 80 Prozent der (Fertig-)Lebensmittel irgendwo in der Produktionskette Gentechnik drin. Etwa weil GVO-basierte Vitamine oder Enzyme direkt in Lebensmittel gemischt werden, nicht nur ins Tierfutter. Deklariert wird das nicht.

Quelle: www.beobachter.ch

USA: Steigende Nachfrage nach Bio und GVO-freien Lebensmitteln-

US-amerikanische Lebensmittelhersteller sind bestrebt, neue Anreize für die inländische Produktion von ökologischen Erzeugnissen zu schaffen, nachdem im Jahr 2016 die Nachfrage nach Bio- und Nicht-GVO-Lebensmitteln und somit auch Bio-Getreideimporte stark zugenommen haben. Eine effiziente Möglichkeit wäre die ökologische Produktion mittels monetärer Anreize zu fördern.

Quelle: sustainablepulse.com

7. Zulassung/Sicherheitsforschung/Haftung/Patente

Biopatentbericht: Weniger Gentechnik-Patente auf Pflanzen und Tiere

Das Europäische Patentamt war 2015 weniger mit Patenten für gentechnisch veränderte Nutzpflanzen und -tiere beschäftigt als im Jahr zuvor: Dem Amt gingen nur sieben Anmeldungen ein. Die Zahl der veröffentlichten Patente für GVO ist 2015 mit 167 ebenso gesunken wie die Zahl der Patentanmeldungen (254). Das geht aus dem zweiten Biopatentbericht der Bundesregierung hervor, den das Kabinett kürzlich verabschiedete.

Quelle: [PDF von den Seiten des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz](#)

EU-Kommission: Baldige Zulassung von GVO-Mais wahrscheinlich

Nachdem es im EU-Berufungsausschuss wie erwartet keine klare Mehrheit für ein Verbot des GVO-Mais gab, wird immer wahrscheinlicher, dass nach fast 20 Jahren bald wieder gentechnisch veränderter Mais in Europa zum Anbau zugelassen wird. Im Zulassungsverfahren stehen mehrere Sorten von Monsanto bzw. Syngenta. Im Laufe des Verfahrens müssen die EU-Mitgliedstaaten beteiligt werden. Diese haben nun auch im zweiten Gremium, dem Berufungsausschuss, keine qualifizierte Mehrheit für oder gegen den Anbau des GVO-Maises erzielt.

Damit obliegt die Entscheidung über die Zulassung der EU-Kommission. Es wird erwartet, dass die Kommission die Zulassung der betreffenden Maissorten bald durchwinkeln wird. Deutschland hat sich übrigens bei der Entscheidung im Berufungsausschuss enthalten. Der *Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW)* kritisierte die Bundesregierung dafür. „Deutschland hat sich mit einer Enthaltung um ein klares Nein gedrückt, obwohl die gentechnikfreie Produktion boomt“, sagte der Verbandsvorsitzende Felix Prinz zu Löwenstein. Andere Länder hätten sich unmissverständlich gegen den Gen-Mais ausgesprochen.

Quellen: www.keine-gentechnik.de, www.transgen.de, biohandel-online.de, AGRA-EUROPE 14/17

Neue Recherche zeigt viele Schlupflöcher für Patente auf Pflanzen

Patentansprüche, in denen Weizen, Mehl und Brot sowie Tomaten, Salate und Gurken als Erfindung der Industrie beansprucht werden: Dies sind nur einige Beispiele für Patente, die im Jahr 2016 eingereicht wurden. Die Patente beruhen auf konventioneller Züchtung ohne den Gebrauch von Gentechnik. Obwohl die Institutionen der EU gemeinsam erklärt haben, dass Patente auf konventionelle Züchtung von Pflanzen und Tieren gestoppt werden sollen, werden offenbar immer mehr solcher Patentanträge für Europa eingereicht. Wenn die Politik jetzt nicht einschreitet, haben viele von ihnen gute Aussichten, vom Europäischen Patentamt (EPA) auch erteilt zu werden.

Quelle: no-patents-on-seeds.org

8. Koexistenz/Gentechnikfreiheit

Deutschland: Maissaatgut gentechnikfrei

Routinemäßig überprüfen die zuständigen Behörden der Bundesländer Saatgut auf gentechnische Verunreinigungen, bevor es ausgesät wird. Zum ersten Mal seit mehr als 15 Jahren waren alle Proben frei von GVO. Das zeigen die von der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Gentechnik veröffentlichten Zahlen. Bei Saatgut gilt in Deutschland eine strikte Nulltoleranz. Weisen die Behörden Spuren einer GVO-Verunreinigung nach, darf das Saatgut nicht vermarktet werden. Das gilt unabhängig von der Höhe des festgestellten GVO-Anteils.

Quelle: www.keine-gentechnik.de

EU-Generalanwalt: Genmais kann nicht so einfach national verboten werden

Zwar steht ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs noch aus – allerdings folgt das Gericht erfahrungsgemäß in den meisten Fällen den Empfehlungen des Generalanwalts am EU-Gerichtshof. Nach dessen Ansicht sollte der in der EU zum Anbau zugelassene Genmais nur unter besonderen Voraussetzungen von Mitgliedstaaten verboten werden. Es müsse ein wahrscheinliches und ernstes Risiko für die Gesundheit von Mensch und Tier oder für die Umwelt bestehen, forderte Generalanwalt Michal Bobek. Nur dann seien Sofortmaßnahmen gegen Lebens- und Futtermittel auf Basis genetisch veränderter Organismen zulässig. Bleibt zu hoffen, dass die Meinung des Generalanwalts keine Schule macht.

Quelle: www.zeit.de



9. Aktionen/Termine

Keine Patente auf Bier

Das Europäische Parlament, die EU-Kommission und die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten fordern, dass keine Patente auf Pflanzen und Tiere aus konventioneller Züchtung erteilt werden. Diese Forderung wird schon seit Jahren von vielen Nichtregierungsorganisationen, Landwirten und Züchtern erhoben. Trotzdem hat das Europäische Patentamt (EPA) in den letzten Jahren immer wieder derartige Patente erteilt, die Lebensmittelpflanzen wie Tomaten, Brokkoli, Melonen und zuletzt Braugerste betreffen. Dabei reichen die Patente vom Saatgut bis zur Ernte, von der Gerste bis zum Bier.

Die Patente der Firmen Carlsberg und Heineken zeigen, wie gezielt Industrie und Patentanwälte mit der Unterstützung des EPA rechtliche Grauzonen nutzen, um die bestehenden Verbote zu umgehen.

Jetzt müssen die Regierungen Europas handeln: Gemeinsam können sie im Verwaltungsrat des Europäischen Patentamtes eine schärfere Auslegung der bestehenden Verbote erreichen. Tatsächlich haben die EU-Regierungen im Februar 2017 eine gemeinsame Initiative beschlossen. Schon im Juni 2017 könnte die Entscheidung fallen. Doch es besteht die Gefahr, dass die Verbote wieder nicht wirksam sind.

Mehr Infos: <http://www.no-patents-on-beer.org/>

10. Materialien

Der Thüringer Imker Nr. 2/2017 – Informationsblatt des Landesverbands Thüringer Imker e.V.
[Der Thüringer Imker als PDF](#)

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL e.V.)

AbL Mitteldeutschland – Termine und Neuigkeiten April 2017
www.abl-mitteldeutschland.de

Thüringer Ökoherz e.V. Neuigkeiten aus Weimar/April 2017

Termine, Veranstaltungen, Pressemitteilungen
www.oekoherz.de

Impressum:

Herausgeber:
Aktionsbündnis für eine gentechnikfreie
Landwirtschaft in Thüringen
c/o Thüringer Ökoherz e.V.
Schlachthofstraße 8 - 10
99423 Weimar

V.i.S.d.P.: Frank Hofmann
Kontakt: Tel. 0 36 43 / 49 63 28
E-Mail: info@oekoherz.de
Redaktion: Frank Hofmann, Frank Augsten
Redaktionsschluss Ausgabe II/2017: 28.4.2017



Aktionsbündnis für eine gentechnikfreie
Landwirtschaft in Thüringen
c/o Thüringer Ökoherz e.V.
Schlachthofstr. 8 – 10

99423 Weimar

Unterstützungserklärung

Hiermit erkläre ich meine/erklären wir unsere Unterstützung für das „Aktionsbündnis für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in Thüringen“.

Organisation/Unternehmen:

Name:

Vorname:

Straße:

PLZ, Ort:

E-Mail:

Ich unterstütze/Wir unterstützen das Aktionsbündnis auch finanziell mit einem Betrag
von Euro

einmalig

monatlich

jährlich

Eine Spendenquittung senden wir Ihnen rechtzeitig zu.

Ich möchte/Wir möchten nicht, dass mein/unser Name auf der Homepage veröffentlicht wird.

Ort, Datum, Unterschrift